

Trotz alledem...für Klimaschutz

„Stockelsdorf im Zeichen des Klimawandels - Was können wir vor Ort tun?“ fragten Bürgermeisterin Brigitte Rahlf-Behrmann und Bürgervorsteher Harald Werner in ihrem Grußwort zum Jahreswechsel 2009/2010. Wie an vielen Orten auf der Welt saß auch hier die Enttäuschung tief über den gescheiterten Klimagipfel von Kopenhagen. Gerade deshalb müssten die Bürgerinnen und Bürger jetzt aber das Heft selbst in die Hand nehmen. „Was können wir vor Ort tun?“ sollte daher das Motto für die kommenden zwölf Monate werden. Vier Jahre später steht kommunales Klimaschutzengagement in der Großgemeinde am Nordrand von Lübeck immer noch ganz oben auf der Agenda. Besser noch: Im September 2014 kam aus Berlin die Zusage für die beantragte Förderung auf ein integriertes Klimaschutzkonzept. Stockelsdorf zeigt, was vor Ort getan werden kann!

Aber blicken wir zunächst zurück. Die Großgemeinde Stockelsdorf, also der Kernort samt seiner zehn Dorfschaften ist eine stille Perle: historische Wurzeln bis ins 12. Jahrhundert, landschaftlich reizvoll und verkehrsgünstig gelegen, mittelständisch geprägt und wirtschaftsfreundlich. Auf einigen Dächern prangten Photovoltaikanlagen und am Krumbecker Hof drehten sich seit den 1990er-Jahren zwei einzelne Windmühlen. Auch hatte das Stockelsdorfer Unternehmen Knauff, das Eisstiele aus Holz produziert und weltweit vertreibt, schon um die Jahrtausendwende sehr zukunftsweisend die Befeuerung seiner Wärme- und Stromproduktion auf Holzreststoffe aus eigener Fertigung umgestellt.

Für ein systematisches Herangehen an Klimaschutzaufgaben in Stockelsdorf brachte jedoch erst der gut einjährige Zeitraum vor der Konferenz COP15 in Kopenhagen den Wendepunkt. Ausgelöst wurde das gezielte Engagement zur Emissionseinsparung durch zwei unterschiedliche Aufgaben, die beide eine gut durchdachte Lösung verlangten. Dabei ging es um den Stromnetzbetrieb und den Ausbau der Windenergie.

Der neue Regionalplan

Bereits im September 2008 hatte die Gemeindevertretung Stockelsdorf in einer Stellungnahme zum neuen Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein die Wichtigkeit von Klima- und Ressourcenschutz betont und den Wunsch nach Realisierungsmöglichkeiten für Windkraftanlagen geäußert. Hintergrund war, dass im damals gültigen Regionalplan für das Gebiet der Gemeinde Stockelsdorf noch keine geeigneten Flächen vorgesehen waren. Die Ziele der Gemeindevertretung wurden unterstützt durch Bürgermeisterin Brigitte Rahlf-Behrmann, eine ebenso pragmatisch zupackende wie unideologisch handelnde, parteilose Verwaltungsexpertin. „Ich bin nach Brockdorf gefahren, bin um das Kernkraftwerk geradelt, habe mit den Leuten dort gesprochen; danach hab ich mich unter eine große Windmühle gestellt, und mein Gefühl war unter der Windmühle besser.“

Bei der Erstellung der neuen Kreiskonzepte konnte das Ansinnen von Stockelsdorf berücksichtigt werden. Im Dezember 2008 erhielten alle Gemeinden in Schleswig-Holstein Briefe

mit der Aufforderung, in ihren jeweiligen Gebieten geeignete Standorte für Windkraftanlagen zu identifizieren. Stockelsdorf meldete zehn geeignete Flächen, die mit Hilfe des Beratungsbüros „Brien, Wessels, Werning“ im Mai 2009 genauer bewertet wurden. Sieben mögliche Standorte mussten am Ende der Analyse auf Grund von Ausschlusskriterien wie Vogelschutz oder Flugsicherung wieder gestrichen werden. Von den drei übrigen erschien vor allem das 104 Hektar große Gebiet 'Südlich Cashagen' geeignet. Im Juli 2009 teilte der Kreis Ostholstein allerdings mit, dass weitere Flächen nachgemeldet werden könnten. Dies erfolgte wiederum mit Hilfe des Beratungsbüros, wobei auf Wunsch von Bürgermeisterin Brigitte Rahlf-Behrmann der weitsichtige Beschluss gefasst wurde, nur mögliche Anlagen im einheitlich großen Abstand von 750 Metern zur bebauten Umgebung ins Auge zu fassen. Da man sich aber noch im Vorverfahren zur Änderung des Regionalplanes befand, wurde 2009 noch nicht endgültig entschieden, welche Fläche es tatsächlich werden sollte.

Dennoch zeigten bereits in der ersten Hälfte des Jahres 2009 einige Windkraftanlageninvestoren Interesse am Gebietserwerb und traten mit Bauern in Verhandlungen über Pachtverträge. Mit Interesse beobachteten die Stockelsdorfer Gemeindewerke diesen Vorgang. Schnell war ein Plan geboren: Wieso sollten eigentlich nur Investoren von außerhalb das neue Geschäftsfeld Windenergie besetzen? Warum sollte sich nicht auch der gemeindeeigene Wasser- und Gaslieferant beteiligen? Und wenn, dann bräuchte man ja vielleicht einen Partner und eine eigene Gesellschaft? All diese Überlegungen führten dazu, dass 2009 erste Gespräche mit Dorfvorstehern und Grundstückseigentümern geführt wurden, aber auch mit dem möglichen Partner, den Stadtwerken Lübeck.

Der Netzkonzessionsvertrag

Die Diskussionen um die Ausweisung von Windenergiegebieten und die Gründung einer neuen Windparkgesellschaft waren jedoch nicht die einzigen Energiethemen von Wichtigkeit für Politik und Gemeindeverwaltung in diesem Zeitraum. Wie in vielen anderen Kommunen auch lief am 23. Oktober des Folgejahrs 2010 der über zwanzig Jahre geschlossene Konzessionsvertrag für den Betrieb der Stromnetze aus. Die Frage war, ob die Gemeinde weiterhin mit dem bisherigen Betreiber, der EON-Hanse AG (später „Schleswig-Holstein-Netz AG) zusammenarbeiten wollte, oder mit einem anderen Anbieter. Da Kommunen in ganz Deutschland sich vor einer ähnlichen Entscheidung sahen, war eine bundesweite Debatte darüber entbrannt, die auch im Jahr 2014 noch geführt wird.

„(Re-)Kommunalisierung“ heißt das Stichwort, das für Entscheidungshoheit über klimafreundliches Handeln auf kommunaler Ebene steht. In Stockelsdorf hatte man schon vor Jahren in kluger Voraussicht beschlossen, die Stadtwerke nicht zu verkaufen. Außerdem versorgt seit dem Jahr 2007 eine 100-prozentige Tochter der Gemeindewerke, die Gesellschaft für kommunale Dienste (GKD) die Gebäude der Kommune mit Wärme. Es handelt sich dabei um Energie-Contracting im Rahmen eines In-House-Geschäfts. Durch die Gründung dieser Firma konnten die Heizungsanlagen auf den modernsten Stand gebracht werden. Die Überlegung, neben eigenen Stadtwerken und der GKD auch die Stromnetze selbst

zu betreiben, lag nahe.

Als der Schleswig-Holsteinische Gemeindetag in Kooperation mit dem Städteverband Schleswig-Holstein und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund am 8. September 2009 zur Fachkonferenz "Klimaschutz und Energieeffizienz in Kommunen" nach Rendsburg lud, nahmen Bürgermeisterin Brigitte Rahlf-Behrmann, CDU-Fraktionsführer Andreas Gurth, Grünenfraktionsvorsitzender Rolf Dohse und der Geschäftsführer der Gemeindewerke, Winfried Dietrich, die Gelegenheit wahr. Gemeinsam erinnern sie sich: "Das war der Startschuss, der mit einer Fülle von Informationen erste Entscheidungsgrundlagen bot. Wir stellten fest, dass viele andere Kommunen ähnliche Fragen wie wir haben." Nach dem Besuch weiterer Veranstaltungen sowie umfangreicher Beratungen und Sitzungen einigten sich alle Beteiligten aus Politik und Verwaltung in Stockelsdorf auf einen Netzbetreiberwechsel. Am 8.7.2010 wurden auf der Terrasse des historischen Stockelsdorfer Herrenhauses die entscheidenden Unterschriften unter den Vertrag geleistet, der am 17.10.2010 in Kraft trat. Den Zuschlag erhielten die Gemeindewerke Stockelsdorf, die neben der GKD und ihrem Wärmecontracting bislang nur Gas und Wasser im Angebot gehabt hatten. „Für uns war wichtig, dass wir möglichst mit einem kommunalen Dienstleister alles aus einer Hand bieten können. Das liegt ja auch unter kaufmännischen Gesichtspunkten nahe“, erläutert Andreas Gurth. Denn es stand nicht nur die Erneuerung des Konzessionsvertrags an, gleichzeitig sollte auch das Portfolio der Gemeindewerke Stockelsdorf um die Sparte Stromvertrieb erweitert werden.

Als weiteres Projekt war jetzt der Bau eines eigenen Windparks geplant. Die ersten Überlegungen aus dem Vorjahr waren inzwischen so weit gediehen, dass zusammen mit der Stadtwerke Lübeck GmbH die Gründung einer kommunalen Windparkgesellschaft geplant war und im Dezember 2010 tatsächlich vollzogen werden konnte. Mit dem regenerativ erzeugten Strom sollte mindestens die Hälfte der Einwohner/innen von Stockelsdorf versorgt werden.

Bürgermeisterin Brigitte Rahlf-Behrmann freute sich am 8. Juli 2010 über den „umweltpolitischen Meilenstein“, der durch die Erweiterung des Aufgabenfeldes der Gemeindewerke erreicht wurde. Dazu hatte sie allen Grund, konnte die Kommune doch ab jetzt z.B. umfassend integrierte Energiekonzepte entwickeln, wenn sie das wollte. Die Entscheidungen aus dem Jahr 2010 schufen eine solide Grundlage für ein Handeln, das erst einige Jahre später zum Tragen kommen sollte – wenn auch teilweise anders als ursprünglich erwartet, wie sich einige Jahre später heraus stellte.

Der B-Plan 66

Im Sommer 2010 fiel zunächst ein weiterer Startschuss mit klimafreundlichem Zukunftspotenzial. Der Bebauungsplan Nr. 66 für das Gebiet „Bohnrader Weg“ wurde auf den Weg gebracht. Während andere Gemeinden Neubaugebiete an Investoren oder Wohnungsbau-gesellschaften verkaufen, hat die Gemeinde Stockelsdorf auf Initiative von Bauamtsleiter Dieter Rodewald vor ungefähr achtzehn Jahren das Modell der sogenannten aktiven Boden-

vorratspolitik eingeführt. In Stockelsdorf wird die Kommune bei der Baulandmobilisierung selbst aktiv und bevorratet sich mit Entwicklungsflächen, die sie am Ende direkt an Bauwillige veräußert.

Die Gemeinde verhandelt in diesem Zusammenhang mit den Eigentümern von Grundstücken auf Basis angemessener Ankaufspreise. Diese Preise sind marktüblich und entsprechen grundsätzlich denen, die auch ein Bauträger beim Ankauf von Bauerwartungsland zahlen würde. Dies schafft eine Vertrauensbasis, die mittlerweile dazu geführt hat, dass die Eigentümer direkt mit der Gemeinde Kontakt aufnehmen, um über einen Ankauf zu verhandeln. Wichtig für die Verkäufer ist, dass eine transparente Kaufpreisgestaltung vorliegt, gleiche Preise bei gleichen Konstellationen gezahlt werden und die Zahlungen durch die Kommune termingerecht und verlässlich erfolgen. Der Verkauf an die privaten Bauherren zu einem attraktiven Preis wird im Rahmen sogenannter Grundstückskauf- und Ablöseverträge abgewickelt. Dies bedeutet, dass der Käufer den finanziellen Rahmen des Grunderwerbs sicher kalkulieren kann und die Gemeinde gleichzeitig eine Erstattung für ihre Erschließungsmaßnahmen erhält.⁸¹ Etwaige Überschüsse fließen in infrastrukturelle Maßnahmen und dienen so wiederum der Attraktivitätssteigerung der Kommune.

Die aktive Bodenvorratspolitik, also der direkte Verkauf über die Gemeinde Stockelsdorf, birgt außergewöhnliches Gestaltungspotenzial für das kommunale Bauwesen, das sich auch bei Klimaschutzaktivitäten positiv auswirkt. So konnte im Fall des B.-Planes Nr. 66 in die Vertragsgestaltung auch ein Wärmelieferungsvertrag integriert werden, durch den eine hundertprozentige Anschlussdichte für das Neubaugebiet erreicht wird. Fraktionsvorsitzender Rolf Dohse von Bündnis90/die Grünen erinnert sich: „Eine ökologisch mustergültige Gestaltung des Neubaugebietes war mir wichtig. Bei einer Beratungssitzung über die zukünftige Wärmeversorgung mit der Verwaltung im Jahr 2012 stellte ich erfreut fest, dass sie den Klimaschutzgedanken schon sehr überzeugt vertritt.“ Das Stockelsdorfer Bauamt verfolgte konsequent das Ziel niedriger CO₂-Werte bei der Energieversorgung des Gebiets am Bohrrader Weg. Zusätzlicher politischer Druck seitens der Umwelpartei war also gar nicht nötig. Unentschieden war jedoch das genaue Energiekonzept für die neue Siedlung. Hier half qualifizierte Information. Im Herbst 2012 bestätigte der aus dem Kieler Energiewendeministerium eingeladene „grüne“ Wärmeexperte Ralf Radloff in seinem Vortrag „Die Rolle der Kommune bei der Umsetzung der Energiewende“ die Vorteile eines Blockheizkraftwerkes. Genau solch ein Blockheizkraftwerk soll ab Mai 2015 die Wärmeversorgung der neuen Häuser am Bohrrader Weg und mehrere Liegenschaften der Gemeinde tatsächlich sicherstellen. Außerdem hat sich die Gemeinde Stockelsdorf dafür entschieden, an das BHKW auch eigene Gebäude anzuschließen, so dass insgesamt von einem nicht nur energetisch sinnvollen, sondern auch sehr wirtschaftlichen Betrieb der Anlage ausgegangen werden kann.

⁸¹ Hiermit wird das auch im Baugesetzbuch festgelegte Ziel verfolgt, dass die Kommune die Bevölkerung mit Wohnraum versorgt, in dem sie Flächen überplant, erschließt und dann als Bauland zur Verfügung stellt.

Immer neue Stolpersteine rund um die Windenergie

Während die Pläne für das Neubaugebiet allmählich Gestalt annahmen, entwickelte sich der Feinschliff bei der Suche nach geeigneten Windenergiegebieten mühsam. Die im Dezember 2010 gegründete kommunale Windparkgesellschaft und die zusätzlich von dem Investor BayWa geplanten Anlagen gerieten unter den Beschuss einer zwar kleinen, aber eifrigen Bürgerinitiative. Von „Wertverlust eigener Immobilien“ bis Gesundheitsbedenken reichten die öffentlichkeitswirksam inszenierten Argumente. Bürgermeisterin Brigitte Rahlf-Behrmann suchte den Dialog. Aufgrund ihrer transparenten Kommunikation gelang es der Großgemeinde Stockelsdorf mit ihren Dorfschaften zunächst ihr Windenergieprojekt trotz einzelner Gegenstimmen voranzubringen.

Als weitere Stolpersteine erwiesen sich unterschiedlichste Vorgaben aus den Ministerien, die anfangs noch relativ glimpfliche Auswirkungen hatten, indem sie „nur“ ein großes Maß an Extraarbeit nach sich zogen. Der Runderlass⁸² im April 2011, der plötzlich neue Mindestabstände von 800 Metern zwischen Siedlungen und Eignungsgebieten festsetzte, war durch die freiwillig gewählte 750 Meter-Grenze in Stockelsdorf fast vorweggenommen. Die Bedenken des Amts für Denkmalspflege, Windkraftanlagen würden den freien Blick auf Lübeck behindern, wurden durch das Urteil des Weltkulturerbe-Beauftragten entkräftet, der keine Beeinträchtigung der Sichtachsen erkennen konnte. Die untere Naturschutzbehörde des Kreises Ostholstein wiederum forderte im Gegenzug für den Bau von zwanzig Windmühlen den Nachweis von ca. 100 Hektar Ausgleichsfläche. Zusätzlich gab es immer neue Auflagen zu Themen wie Fledermaus, Wachtelkönig, Rotmilan oder auch die Forderung, Ausgleichsflächen so zu bewirtschaften, dass Greifvögel zur Brutzeit tote Kleintiere als Futter finden könnten. Eine rechtliche Basis für viele der vorgebrachten Naturschutzeinwände fehlte jedoch, so Gemeindegewerksleiter Winfried Dietrich. Aber das war noch nicht alles. Das Jahr 2013 sollte eine richtige Hiobsbotschaft bringen. Zum Jahreswechsel 2013 ahnten die Stockelsdorfer/innen erst schemenhaft die Aufregungen der kommenden zwölf Monate.

Das integrierte Klimaschutzkonzept kommt auf den Weg

In der ersten Jahreshälfte herrschte zunächst Aufbruchsstimmung. Der kompetente Vortrag von Ralf Radloff im Herbst 2012 hatte alle Zuhörer begeistert. CDU-Fraktionsvorsitzender Andreas Gurth war ebenso beeindruckt von den Vorteilen, die Maßnahmen wie Dämmung oder Energiesparen erbringen können, wie Rolf Dohse von den Grünen und auch Bürgermeisterin Brigitte Rahlf-Behrmann. Aus der positiven Stimmung entsprang der Handlungsimpuls. Die schwarze und die grüne Fraktion entwarfen im Januar 2013 einen gemeinsamen Antrag „auf Schaffung einer Stelle für einen Energie Manager“.

⁸² Genau formuliert handelt es sich um den gemeinsamen Runderlass des Innenministeriums, des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr mit Wirkung vom 4.4.2011 und dem Titel „Grundsätze zur Planung von Windkraftanlagen“

Knapp einen Monat danach diskutierten die Gemeindevertreter über das Thema. Bürgermeisterin Brigitte Rahlf-Behrmann verwies in der Sitzung auf bereits erreichte Klimaschutzmaßnahmen in Stockelsdorf. Dazu gehört die kontinuierliche Umstellung auf LED-Technologie bei Straßenlaternen. Als Beispiele nannte die Bürgermeisterin den Umbau und die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude wie etwa Kindergärten, außerdem den mittels Photovoltaik erneuerbar erzeugte Strom auf den Dächern der Sportanlage, der Grundschule Ravensbusch und der Übergangsunterkunft. Ergänzen lässt sich die Aufzählung um die Holzhackschnitzelheizung im zu Stockelsdorf gehörenden Horsdorf, wofür der kleine Ort von der Gemeinde mit dem Umweltpreis 2012 ausgezeichnet worden war.

Vor dem Hintergrund des bereits Erreichten und um noch effizienter zu werden, erschien ein Energiekonzept also hilfreich. In der Sitzung der Gemeindevertreter vom Februar 2013 überzeugte der schwarz-grüne Antrag auch die SPD. So konnte er, trotz einiger Gegenstimmen, mit großer Mehrheit beschlossen werden.

Erfolgreiches Handeln entsteht, wenn Politik und Verwaltungsspitze an einem Strang ziehen. Zusätzliche Effektivität kommt ins Spiel, wenn Entscheidungen auf der Umsetzungsebene proaktiv und mit kompetentem Weitblick angepackt werden. Auf Grund der Überlegungen und Vorbereitungen zum Klimaschutz, die Carsten Holst aus dem Bauamt schon lange vor dem Antrag der Gemeindevertreter in die Wege geleitet hatte, konnte rasch auf den Auftrag zur „Schaffung einer Stelle für einen Energie Manager“ reagiert werden.

Zunächst wurde im Februar 2013 eine dreiköpfige verwaltungsinterne Arbeitsgruppe eingerichtet, bestehend aus Carsten Holst, Kämmerer Andreas Ladewig und Hauptamtsleiter Axel Kerbstadt. Bei der Prüfung, unter welchen Förderbedingungen dem Auftrag der Gemeindevertreter entsprochen werden konnte, wurde die Reihenfolge der Fördermitteleinwerbung auf Basis der Kommunalrichtlinie der nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) schnell klar. Vor der Einstellung eines/r Klimaschutzmanagers/in musste ein Konzept erstellt werden. Zur Vorbereitung auf diese voraussetzungsvolle Aufgabe kann wiederum eine Anfangsberatung in Anspruch genommen werden. Um fristgerecht zu handeln, stellte die Verwaltung unter Federführung von Carsten Holst zum 31. März einen entsprechenden Antrag beim Projektträger Jülich, der im Nachgang durch den Gemeinderat bestätigt wurde. Gern zahlte die Kommune den nötigen Eigenanteil.

Zusätzlichen Rückenwind erhielt das Klimaschutzengagement in Stockelsdorf durch das Ergebnis der Kommunalwahlen im Frühjahr, aus denen die Grünen gestärkt hervorgingen. Das bereits beim Antrag zur Einstellung eines Energiemanagers erprobte schwarz-grüne Bündnis sollte ab jetzt die Geschicke in Stockelsdorf steuern. Mit der Förderzusagen Ende Juli 2013 und der Beauftragung des Büros „wortmann-energie, Kiel und EMN, Husum“ im November hätte es eigentlich mit voller Kraft voran gehen können.

Steine auf dem Weg

Stattdessen überschattete Ärger aus gleich zwei Richtungen den Auftakt zur Arbeit am Klimaschutzkonzept. Im Sommer traf eine sehr schlechte Nachricht ein. Das Stichwort lautet „Drehfunkfeuer“. Die Deutsche Flugsicherung teilte mit, dass statt eines bisher kommunizierten Sicherheitsabstands von 3 km zu Funktürmen nunmehr prinzipiell 15 km zu gelten hätten. Für Stockelsdorf bedeutete dies, dass keine einzige Windkraftanlage errichtet werden könnte. Die sechsstelligen Summe, die bisherige Planungen der Kommune gekostet hatten, wurde als Investitionsrisiko abgetan. Trotz Einspruchs auf verschiedenen Ebenen hängen seitdem alle Planungen in der Luft. Aber damit nicht genug.

Stockelsdorf musste außerdem feststellen, dass keine verlässlichen Spielregeln für die Re-kommunalisierung der Netze existieren. Wie errechnet sich der Wert des Netzes? Die Netzbetreiber sind nicht verpflichtet, Angaben darüber offen zu legen. „Der Gesetzgeber hat das nicht zu Ende gedacht!“ empört sich CDU-Fraktionsvorsitzender Andreas Gurth. „Die sollen sich mal klar ausdrücken“, schimpfen auch einige Mitglieder der Gemeindeverwaltung. Mit ihrem Unmut sind sie nicht allein. Dass Regelungslücken im Energierecht und diskriminierende Auslegungsgrundsätze geltender Gesetze von den Stromkonzernen systematisch genutzt werden, um örtliche Stromnetzübernahmen zu verhindern, ist ein deutschlandweit diskutiertes Thema⁸³.

Dies geschah auch in Stockelsdorf. Unter Berufung auf ein rückwirkend geltendes BGH-Urteil Ende des Jahres 2013⁸⁴, in dem nachträglich Kriterien für die Netzkonzessionsvergabe präzisiert worden waren, wehrte sich die EON-Hanse-Tochter Schleswig-Holstein Netz AG gegen die Netzübernahme durch die Gemeindewerke Stockelsdorf. Das Verfahren der Konzessionsneuevergabe musste neu aufgerollt werden.

Stockelsdorf lässt nicht locker

Trotz all dieser Hindernisse ließ sich die Kommune Stockelsdorf nicht beirren. Mit dem Beginn der systematischen Strukturierung ihrer Klimaschutzaktivitäten läutete die Kommune konsequent eine neue Ära ein. Langfristiges Ziel ist es Organisationsmodelle und Arbeitsansätze in Politik und Verwaltung zu entwickeln, die emissionsarmes Wirtschaften über alle Ebenen hinweg ermöglichen. Als erste konkret greifbare Handlung konnte die verwaltungsinterne Arbeitsgemeinschaft am 30. April 2014 in einstimmigem Auftrag der Gemeindevertretung den Antrag zur Förderung des Klimaschutzkonzepts einreichen. Schon vier Monate später kam die Bewilligung.

Die klimafreundlichen Strategien von Verwaltung und Politik wurden im Sommer 2014 nicht nur durch das Bundesumweltministerium unterstützt, sondern außerdem belohnt durch das mächtigste Argument, das unsere Gesellschaft kennt, nämlich dem der Kaufbereitschaft. Die neu entwickelten Grundstücke am Bohnrader Weg (B-Plan 66) fanden dreimal so viele

⁸³ http://www.energieverbraucher.de/de/Konzessions--vertraege__1673/NewsDetail__13592/

⁸⁴ Urte. v. 18.12.2013, Az. KZR 66/12

Interessenten wie Flächen angeboten wurden. Vom sinnvollen Anschlusszwang an die Nahwärme (Blockheizkraftwerk und Spitzenkessel) ließ sich augenscheinlich niemand abschrecken; zumal die Anbieterwahl des Wärmelieferanten den Kunden freigestellt blieb. „Einige waren vorher der Meinung, dass es für den Verkauf hinderlich wäre, das Energiekonzept so auszurichten“, erinnert sich Bürgermeisterin Brigitte Rahlf-Behrmann. Aber, so stellt sie erfreut fest: „Das Heizkraftwerk ist kein Verkaufshemmnis gewesen“.

Der beeindruckende Weg von Stockelsdorf zeigt, dass zähe Beharrlichkeit zum Erfolg führt, trotz aller Hürden, Hemmnisse und Rückschläge. Diese Erfahrungen bilden ein von allen beteiligten Akteuren in Stockelsdorf errichtetes Fundament, das in den kommenden Monaten und Jahren einen vorbildlich angelegten Prozess zum Aufbau eines Klimaschutzmanagements ermöglichen. Schon in den Details der nächsten Monate wird sich dies erweisen. Die Workshops der Anfangsberatung können ohne Pause übergehen in die Arbeit am Klimaschutzkonzept und danach in die des Managers/der Managerin. Die von anderen Kommunen oft beklagten langen Wartezeiten werden verhindert durch vorausschauende Planung. Und vielleicht kommen dann irgendwann einmal doch noch die Windkraftanlagen.